

„Es geht darum, Menschen eine Saat in die Köpfe zu pflanzen“

Politik Um den Einfluss der „Neuen Rechten“ auf Politik und Gesellschaft geht es am Donnerstagabend im Vortrag beim Kirchberger Bündnis. *Von Ralf Snurawa*

Zunächst erläuterte Joachim Glaubitz, unter anderem Trainer im Projekt Firewall der Amadeu Antonio Stiftung und in der antirassistischen Bildungsarbeit tätig, in seinem Vortrag über „Das Land rückt nach rechts?! – Wie die extreme Rechte Einfluss auf Politik und Gesellschaft nimmt“ den Begriff der „Neuen Rechten“.

Dabei handle es sich um einen Thinktank der rechtsextremen Szene, was auch die AfD mit einschließe. Mittlerweile gehe es da um die „konservative Revolution“, wobei man sich auf Staats- und Völkerrechtler wie Carl Schmitt bezieht, der in der Weimarer Republik als ideologischer Wegbereiter der Nationalsozialisten gilt. Geprägt sei die „Neue Rechte“ durch Flüchtlingsfeindlichkeit, Antifeminismus, Islamfeindlichkeit, Homo- und Transfeindlichkeit und teilweise Antisemitismus. Sie wirke auch als Scharnier zwischen klassischen Rechtsextremismus und völkischen Kreisen.

„Und diese Saat wird aufgehen, wenn die Krise schlimm genug ist.“

Joachim Glaubitz
Aktivist

In ihrer Metapolitik gehe es der „Neuen Rechten“ um einen Kampf um die kulturelle Vorherrschaft. Götz Kubitschek, einer der politischen Aktivisten der „Neuen Rechten“, der unter anderem Ungarn als Vorbild für Deutschland sieht, hat es so zusammengefasst: „Es geht darum, den Menschen eine Saat in die Köpfe zu pflanzen. Und diese Saat wird aufgehen, wenn die Krise schlimm genug ist.“ Glaubitz wies darauf hin, dass es kaum etwas ausmache, wenn die AfD einmal auf dem absteigenden Ast sein sollte.

Der „Neuen Rechten“ gehe es darum, ihre Themen zu etablieren. Mittel dazu sind ständige Tabubrüche, etwa indem man rassistische und menschenfeindliche Äußerungen ständig wiederholt. Die Wahrnehmung der Realität in den Köpfen der Menschen soll verändert werden. „Es geht darum, zu Themen die Deutungshoheit zu gewinnen“, merkte Glaubitz an. Dabei dürfe man laut der „Neuen Rechten“ nicht zu viele Themen bespielen und müsse auf das Gefühl setzen. Wesentlich sei das ständige Wiederholen, denn: „Irgendetwas bleibt hängen.“

Glaubitz führte den Begriff „Migration“ an. „Wenn Sie den



Joachim Glaubitz zeigte den zahlreichen Zuhörerinnen und Zuhörern im evangelischen Gemeindesaal in Lendsiedel, wie die AfD, besonders mit Blick auf die Migration, bereits jetzt schon die Politik beeinflusst.

Menschen immer wieder sagen: Migration und Messer, Migration und Vergewaltigung, Migration und Verlust der Kultur, Migration und Bedrohung.“ Martin Sellner, früherer Kopf der Identitären Bewegung in Österreich, habe mit Blick auf den Begriff „Remigration“ davon gesprochen, dass man ihn ständig wiederholen müsse, „bis zum Erbrechen“, bis er sich den Menschen „einbrenne“. Joachim Glaubitz warnte davor zu glauben, dass die extreme Rechte ein Interesse daran hätte, mit den etablierten demokratischen Parteien in einen Dialog zu treten. „Die ‚Neue Rechte‘ hat daran kein Interesse. Es geht um Machtergreifung und Positionsvertretung“, mahnte Glaubitz.

Er nannte noch einige Beispiele, wie die „Neue Rechte“ bereits

die Politik beeinflusst. So fanden sich Begriffe wie „grüner Faschismus“, oder von einem CDU-Politiker der der „Ökofaschisten“. Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz sprach in einer Bundestagsrede davon, dass die Migration das Land überfordere.

Politik über das Recht stellen

Der CSU-Vorsitzende Markus Söder sprach vom Begrenzen der Migration und stellte – Carl Schmitt indirekt anführend – die Politik über das Recht. Und Bundeskanzler Scholz von der SPD meinte, dass die irreguläre Migration zu hoch sei.

Etlliche Politiker versuchten die AfD rechts zu überholen. Glaubitz warnte: „Wenn Menschen im Namen des Rechts schleichend entrechtet werden,

bleibt irgendwann kein Recht mehr übrig – und zwar auch für uns.“ Beim Vorgehen der „Neuen Rechten“ gehe es nicht mehr darum, was wahr sei, sondern darum, was man glaube, was wahr sei. „Es ist wichtig, wieder rote Linien zu ziehen“, betonte Glaubitz. Er wies auf die Empfehlungen des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft Jena (IDZ) hin: Man müsse menschenfeindlichen Aussagen entgegentreten. Betroffene sollten geschützt und unterstützt werden. Inhalte und Themen solidarischer menschenrechtsorientierter Praxis sollten neu entwickelt werden. „Auch diejenigen, die sich in Parteien engagieren, brauchen neue Strategien.“ Darüber hinaus solle man sich gegenseitig ermutigen. Man sei nicht allein.